

INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG, Ingolstadt
Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite

A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Lizenzen		
	3.678,00	8
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten		
einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	61.172.094,61	57.274
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.093,01	7
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.736.512,89	6.605
	66.913.700,51	63.886
	66.917.378,51	63.894
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. In Ausführung befindliche Bauaufträge	7.857.665,83	1.437
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-7.857.665,83	-1.100
	0,00	337
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	401.276,61	114
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	286
3. Sonstige Vermögensgegenstände	126.353,43	329
	527.630,04	729
III. Guthaben bei Kreditinstituten		
	836.513,66	428
	68.281.522,21	65.388
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	102.918,47	94

EUR	31.12.2024 EUR	Vorjahr TEUR
	3.678,00	8
61.172.094,61		57.274
5.093,01		7
5.736.512,89		6.605
	66.913.700,51	63.886
	66.917.378,51	63.894
7.857.665,83		1.437
-7.857.665,83		-1.100
	0,00	337
401.276,61		114
0,00		286
126.353,43		329
	527.630,04	729
	836.513,66	428
	68.281.522,21	65.388
	102.918,47	94
	68.384.440,68	65.482

Passivseite

A. Kommanditkapital		
1. Festkapitalkonto		
2. Verlustvortragskonto		
3. Rücklagenkonto		
3. Verrechnungskonto		
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen		
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	EUR 448.940,38	
davon mit einer Restlaufzeit von 1 bis 5 Jahre	EUR 1.813.635,35	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	EUR 16.574.566,12	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	EUR 906.026,45	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	EUR 12.187.477,88	
4. Sonstige Verbindlichkeiten		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	EUR 448.940,38	
davon mit einer Restlaufzeit von 1 bis 5 Jahre	EUR 1.813.635,35	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	EUR 7.110.635,52	
E. Rechnungsabgrenzungsposten		

250.000,00		250
-5.008.156,51		-3.904
27.447.447,75		24.347
-22.037,01		-22
	22.667.254,23	20.671
	2.005.800,00	1.626
	2.463.013,62	2.253
18.837.141,85		19.291
		(447)
		(1.806)
		(17038)
	906.026,45	2.587
		(2.587)
	12.187.477,88	10.700
		(10700)
	9.317.526,65	8.354
		(584)
		(1.783)
		(5.987)
	41.248.172,83	40.932
	200,00	0

EUR	31.12.2024 EUR	Vorjahr TEUR
250.000,00		250
-5.008.156,51		-3.904
27.447.447,75		24.347
-22.037,01		-22
	22.667.254,23	20.671
	2.005.800,00	1.626
	2.463.013,62	2.253
18.837.141,85		19.291
		(447)
		(1.806)
		(17038)
	906.026,45	2.587
		(2.587)
	12.187.477,88	10.700
		(10700)
	9.317.526,65	8.354
		(584)
		(1.783)
		(5.987)
	41.248.172,83	40.932
	200,00	0
	68.384.440,68	65.482

INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024

	EUR	2024 EUR	2023 TEUR
1. Umsatzerlöse		2.729.748,60	2.201
2. Erhöhung des Bestands in Ausführung befindlicher Bauaufträge		6.421.081,62	1.081
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		65.824,00	84
4. Sonstige betriebliche Erträge		772.526,59	139
		9.989.180,81	3.505
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen Roh-, Hilfs und Betriebskosten und bezogene Waren	297.451,70		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.135.707,84		2.007
		7.433.159,54	2.007
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	415.839,12		428
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	91.052,98		80
		506.892,10	508
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.554.233,57	852
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		482.330,30	564
9. Einstellung in die Wertberichtigung zu Forderungen		12.000,00	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.099.001,32	720
11. Ergebnis vor Steuern/ Jahresfehlbetrag		-1.098.436,02	-1.146
12. Sonstige Steuern		5.645,30	5
13. Ergebnis nach Steuern/ Jahresfehlbetrag		-1.104.081,32	-1.151
14. Belastung auf Verlustvortragskonto der Kommanditistin		1.104.081,32	1.151
15. Ergebnis nach Verwendungsrechnung		0,00	0

INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG, Ingolstadt

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Allgemeine Angaben

Die INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG mit Sitz in Ingolstadt ist im Handelsregister beim Amtsgericht Ingolstadt unter der Registernummer HRA 3110 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und über die voraussichtliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Die Sachanlagen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Den planmäßigen linearen Abschreibungen liegen wirtschaftliche Nutzungsdauern zugrunde.

Im Wirtschaftsjahr 2024 folgte die Nachaktivierung nachlaufender Kosten bei den Projekten Digitales Gründerzentrum Kavalier Dalwigk und Georgianum. Die Freiflächen beim Projekt Kavalier Dalwigk wurden ebenfalls aktiviert. Die im Sonderposten verbuchten Zuschüsse wurden entsprechend den Fördermittelbescheiden aufgeteilt und im Rahmen der Aktivierung umgebucht und mindern die Herstellungskosten.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert bis EUR 800 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Der Einfluss der geringwertigen Wirtschaftsgüter auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist nicht wesentlich.

Die in Ausführung befindlichen Bauaufträge sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt.

Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt zum Nennbetrag. Guthaben bei Kreditinstituten sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Erhaltene Fördermittel werden in einen Sonderposten für Investitionszuschüsse eingestellt. Mit Fertigstellung wird der Sonderposten gegen die Herstellungskosten umgebucht und mindert damit die Basis für die Abschreibung.

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken in ausreichendem Umfang Rechnung getragen. Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach realistischer kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im beigefügten Anlagenspiegel dargestellt.

Anlagenspiegel zum 31.12.2024															
INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG Errichtung, Sanierung, bauliche															
			Anschaffungs-, Herstellungskosten 01.01.2024	Zugänge	Abgänge/Zuschüsse	Umbuchungen	Anschaffungs-, Herstellungskosten 31.12.2024	kumulierte Abschreibung 01.01.2024	Abschreibung Geschäftsjahr	Abgänge	Umbuchungen	kumulierte Abschreibung 31.12.2024	Zuschreibung Geschäftsjahr	Buchwert Geschäftsjahr 31.12.2024	Buchwert Vorjahr 31.12.2023
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen															
I. Immaterielle Vermögensgegenstände															
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			31.544,17				31.544,17	23.264,17	4.602,00			27.866,17		3.678,00	8.280,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände			31.544,17				31.544,17	23.264,17	4.602,00			27.866,17		3.678,00	8.280,00
II. Sachanlagen															
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			66.700.007,79	407.809,48	8.169.480,00	5.036.730,04	63.975.067,31	1.256.794,18	1.546.178,52			2.802.972,70		61.172.094,61	57.273.733,61
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			45.396,12	1.551,05			46.946,17	38.400,11	3.453,05			41.853,18		5.083,01	6.995,01
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			6.805.420,74	4.167.822,19		-5.036.730,04	5.738.512,89	0,00				0,00		5.738.512,89	6.805.420,74
Summe Sachanlagen			73.350.823,65	4.577.182,72	8.169.480,00	0,00	69.758.526,37	1.295.194,29	1.549.631,57			2.844.825,88		66.913.700,51	63.886.149,36
Summe Anlagevermögen			73.382.367,82	4.577.182,72	8.169.480,00	0,00	69.790.070,54	1.318.458,46	1.554.233,57			2.872.692,03		66.917.378,51	63.894.429,36

Zum Bilanzstichtag bestanden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 401.276,61 EUR (Vorjahr 114.093,53 EUR). Der höhere Forderungsbestand ergibt sich aus Verrechnungen an die Stadt Ingolstadt, die im Frühjahr 2025 bezahlt wurden. Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen mit 32.526,73 EUR (Vorjahr 135.619,37 EUR) erst im Folgejahr erstattete Vorsteuerbeträge.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen mit einem Betrag von 2.384.445,77 EUR (Vorjahr 2.205.571,38 EUR) ausstehende Rechnungen und mit einem Betrag von 43.377,85 EUR Beträge aus den Nebenkostenabrechnungen 2023. Rückstellungen für Personalverpflichtungen sind mit einem Betrag in Höhe von 16.401,00 EUR (Vorjahr 27.093,00 EUR) und Prüfungs- und Abschlusserstellungskosten in Höhe von 16.600,00 EUR (Vorjahr 17.400,00 EUR) bilanziert. Für Aufbewahrungspflichten wurde eine Rückstellung in Höhe von 2.189,00 EUR (Vorjahr 2.576,22 EUR) gebildet.

Mit Hilfe eines wert- und strukturgleichen Swaps, der am Stichtag mit 9.245.283,04 EUR (Vorjahr 9.496.855,36 EUR) valuiert, wurde der Zinssatz für eine Kreditaufnahme festgeschrieben. Der Sicherungshorizont reicht bis 2046.

Der Zins-Swap hat per 31.12.2024 einen im Rahmen eines Mark-to-Market ermittelten positiven Marktwert von 1.732.769,75 EUR.

Dem Zins-Swap liegt ein Grundgeschäft mit vergleichbarem, gegenläufigem Risiko (Mikro-Hedge) zugrunde, welcher keine handelsrechtliche Ergebniswirkung entfaltet.

Der Gesamtbetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, beträgt 22.437.141,85 EUR (Vorjahr 22.991.387,84 EUR). Die Verbindlichkeiten sind mit einem Betrag von 22.437.141,85 EUR durch Grundschulden und mit einem Betrag von 18.837.141,85 EUR durch Abtretung von Mietforderungen besichert.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2024 gliedern sich:

Erlöse für erbrachte Leistungen	928.315,72 EUR	(Vorjahr 1.072.867,24 EUR)
Mieterträge	1.801.432,88 EUR	(Vorjahr 1.128.461,22 EUR)

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Erträge aus der Umlage der Projektversicherungen in Höhe von 38.769,06 EUR (Vorjahr 124.164,38 EUR), Erträge aus der Korrektur des Vorsteuerabzuges beim Projekt Kavalier Dalwigk in Höhe von 104.824,22 EUR, Versicherungsentschädigungen beim Projekt Kavalier Dalwigk in Höhe von 622.109,09 EUR und Erstattungen für Lohnfortzahlungen, verrechnete Sachbezüge und Entschädigungen in Höhe von 6.410,06 EUR (Vorjahr 14.926,46 EUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten den Auslagenersatz für die Geschäftsführung 185.061,91 EUR (Vorjahr 193.808,29 EUR) sowie die Haftungsvergütung 750,00 EUR (Vorjahr 750,00 EUR) an die geschäftsführende Komplementärin.

Für die Finanzierung der Projekte fiel ein Zinsaufwand in Höhe von 1.099.001,32 EUR (Vorjahr 719.779,84 EUR), davon entfiel ein Betrag von 436.800,51 EUR auf die Kommanditistin.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die angemieteten Büroräume wurde ein Mietvertrag bis 30.06.2027 mit einer jährlichen finanziellen Verpflichtung von 23 TEUR geschlossen.

Für das Projekt Georgianum wurden Stellplätze unbefristet angemietet. Die jährliche finanzielle Verpflichtung beträgt 1 TEUR.

Zum Bilanzstichtag besteht ein Bestellobligo von 6,0 Mio. EUR (Vorjahr 9,1 Mio. EUR). Die wesentlichen Beträge entfallen dabei auf projektbezogene Verträge mit Architekten, Fachplanern, Projektsteuerung und für Bauleistungen.

Abschlussprüferhonorar

Für das Geschäftsjahr 2024 wurde ein Honorar für die Abschlussprüfung in Höhe von 10.200,00 EUR vereinbart.

Belegschaft

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2024 durchschnittlich 5 Mitarbeiter in Vollzeit.

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Dr. Christian Scharpf (bis 28.02.2025)

Dr. Michael Kern (ab 01.03.2025)

Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt

Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt

stellv. Vorsitzende

Dr. Dorothea Deneke-Stoll

Bürgermeisterin der Stadt Ingolstadt

Stadtrat Johann Achhammer

Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann

Stadtrat Klaus Böttcher

Stadtrat Raimund Köstler

Stadträtin Agnes Krumwiede (bis 22.10.2024)

Stadträtin Stephanie Kürten (ab 23.10.2024)

Stadträtin Barbara Leininger

Stadtrat Franz Wöhr

Stadtrat Dr. Markus Meyer (bis 21.10.2024)

Stadtrat Jakob Schäuble (ab 22.10.2024)

Stadtrat Sepp Mißbeck

Stadtrat Ulrich Bannert

Stadtrat Quirin Witty

Fachoberlehrer i.R.

pensionierter Gymnasiallehrer

Selbstständiger Autosattlermeister

IT-Architekt

Klavierpädagogin, Pianistin, Bildende Künstlerin

Redakteurin

Oberstudienrätin

Landwirt

Referent im Leitungsstab StMB

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Ingenieur

Postbeamter i.R.

Wirtschaftsingenieur (M. Sc.)

Die Aufsichtsratsvergütungen betrugen im Geschäftsjahr 2024 41.071,98 EUR (Vorjahr 39.272,28 EUR).

Geschäftsführung

Der Komplementärin INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten Verwaltungs GmbH, die durch den Alleingeschäftsführer Herrn Dipl. Betriebswirt (FH) Nicolai Fall vertreten wird, obliegt die Geschäftsführung der Gesellschaft.

Persönlich haftende Gesellschafterin

INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten Verwaltungs GmbH, Ingolstadt, ist persönlich haftende Gesellschafterin. Sie weist ein Stammkapital von 25.000,00 EUR aus, das vollständig einbezahlt ist.

Ergebnisverwendung

Der Jahresfehlbetrag von 1.104.081,32 EUR wird gemäß den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen dem Verlustvortragskonto der Kommanditistin Stadt Ingolstadt belastet.

Ingolstadt, 15. April 2025

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Nicolai Fall', is written over a horizontal line.

INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten Verwaltungs GmbH
vertreten durch den Geschäftsführer
Nicolai Fall

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG, Ingolstadt

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG, Ingolstadt, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Personenhandels-gesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze

ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, 15. April 2025

RING - TREUHAND GMBH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Markus Renkl
24.06.2025 13:30:25 [UT]

RENKL
Wirtschaftsprüfer

Florian Müller
24.06.2025 15:18:59 [UT]

MÜLLER
Wirtschaftsprüfer

INKoBau Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG

**Bericht des Aufsichtsrats
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024**

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 die ihm durch Gesetz und Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben wahrgenommen und sich in vier Aufsichtsratssitzungen neben der Wirtschafts- und Mittelfristplanung insbesondere mit den folgenden Themen befasst:

- Neuer Dalwigk:
Insolvenz der Achtzig20 GmbH, des Pächters der Gastronomie im Neuen Dalwigk und Suche eines neuen Pächters
Übernahme von Immobilien und Anpassung von Vertragsparametern für potentielle Neu-Pächter
Nutzung der Freiflächen auf dem Gelände des Kavalier Dalwigk
- Georgianum:
Ablauf der Baumaßnahme und Übergabe der Flächen Kollegiengebäude und Goldknopfgasse. Entwicklung des Projektes und der Termine.
- Sanierung Stadttheater:
Bearbeitung bis Leistungsphase 2 (Vorentwurf)
- Unterhalt Stadttheater:
Für den Weiterbetrieb des Stadttheaters notwendige Unterhaltsmaßnahmen in 2025, für die nicht ausreichend städtische Mittel bereitgestellt werden können
- Interimsspielstätte
Fortschritt und Zeitplan der Aufbauarbeiten

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 sind von der Ring-Treuhand Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH & Co. KG, München, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Auftragsgemäß umfasste die Prüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gem. § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis in seiner Sitzung vom 10. Juli 2025 vom Abschlussprüfer entgegengenommen.

Der Aufsichtsrat schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 festzustellen und den Lagebericht zu genehmigen.

Der Jahresfehlbetrag von € 1.104.081,32 ist entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen dem Verlustvortragskonto der Kommanditistin Stadt Ingolstadt zu belasten.

Ingolstadt, den 10.07.2025

Der Aufsichtsrat



Dr. Michael Kern

Vorsitzender